

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Einzelnenpreis:** Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 Reichsmark für auswärts 0,40 Reichsmark. Die Zeitungspreise im Ausland sind nach dem Wechselkurs zu berechnen. Die Druckkosten für die Druckerei sind in der Preisliste enthalten. Die Druckerei ist für die Druckkosten der Zeitungsbelegungen nicht verantwortlich. Die Druckerei ist für die Druckkosten der Zeitungsbelegungen nicht verantwortlich.

**Unabhängige Tageszeitung**  
**mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung durch 2 R.-Mark Postbezug für Monat Dezember 2,00 Reichsmark, für die 2. Hälfte des Monats monatlich 1,50 Reichsmark, nach dem Wechselkurs im Ausland wöchentlich 1,00 Reichsmark, Einzelnummer 10 R.-Pfennig

**Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: 14 194, 27 981, 27 982, 27 983 • Telegramme: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060**  
Hauptverleger: Carl Scholz, Dresden-N., Ferdinandstr. 4. Im Falle seiner Abwesenheit, Betriebsleitung oder Streik haben unsere Bezüge keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages.

Nr. 305

Sonntag, 31. Dezember 1927

XXXV. Jahrg.

## Italienische Freundschaften für Deutschland

Der Empfang Kapitänleutnant Kolbes bei Mussolini - Französische Hoffnung auf einen amerikanischen Meinungswechsel in der Kriegsschuldenfrage

### Scholz und Strefemann

Die Differenzen in der Frage des Wahltermins  
B. Berlin, 30. Dezember. (Eig. Drahtbericht)

Die Auseinandersetzungen über den Wahltermin haben durch die in ihrer Bestimmtheit übertragene Erklärung der „Germania“, daß weder der Kaiser, noch das Zentrum, noch die Bayerische Volkspartei eine „vorzeitige“ Auflösung des Reichstags für richtig halten, zu nächst ihren Abschluß gefunden. In gegebener Zeit, d. h. nach Beendigung der Staatsberatung im April oder Mai, wird man die Diskussion wahrscheinlich mit mehr Aussicht auf eine Klärung wieder aufnehmen können. Denn dann wird sich ja wohl erkennen lassen, ob und inwieweit Regierung und Koalition in der Lage sein werden, ihr Arbeitsprogramm tatsächlich durchzuführen. Das gilt namentlich für das Schulgesetz, das neuerdings vom Zentrum wieder aufzuheben in den Vordergrund gerückt wird. Der „Vorwärts“ charakterisiert den Kampf um den Wahltermin als „eine innere Streitfrage des Bürgerlands“ und legt sich nicht mit Unrecht die Taktik des Zentrums so an: „Herrn Strefemann ist aus außenpolitischen Gründen an früheren Wahlen sehr viel gelegen. Die Partei Strefemanns aber bereitet der Verabschiedung des Schulgesetzes im Sinne des Zentrums Schwierigkeiten. Also hält man der Partei Strefemanns den Stief der Schulvorlage vor, aber den sie springen muß, wenn der Außenminister Strefemann die Reichstagsausführung bekommen soll, die er für seine Außenpolitik braucht.“ Vergleicht man die verschiedenen Auslassungen der „Täglichen Rundschau“, die in diesem Fall ohne Zweifel den Ansichten Dr. Strefemanns entsprechen dürften, mit der Neujahrsvorrede des vormaligen Reichstagspräsidenten Scholz, so ist unverkennbar, daß in der Frage des Wahltermins zwischen Dr. Scholz und dem Reichsaussenminister Differenzen bestehen. Dr. Scholz hält es, wie stets, unentwegt mit den Deutschnationalen, die begreiflicherweise über die parteipolitische Erklärung der „Germania“ in hohem Grade beglückt sind. Bald nach Neujahr soll, wie es heißt, im Reichskabinett nochmals über den Zeitpunkt der Neuwahlen gesprochen werden. Man darf indes nicht vergessen, daß nicht die Regierung den Reichstag auflöst, sondern daß die eigenliche Entscheidung beim Reichspräsidenten ruht.

### Um den Wahltermin

„Nationalliberale Correspondenz“ gegen „Kreuzzeitung“

B. Berlin, 30. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Dr. Strefemanns nahe stehende „Nationalliberale Correspondenz“ schreibt an der Frage des Wahltermins: „Die Kreuzzeitung“ hat durch einen höchst überflüssigen Artikel über angebliche Wünsche Strefemanns zum Wahltermin der Oppositionsgruppe willkommene Anlaß gegeben, über die Wahlfrage der Deutschnationalen große Zeitartikel zu schreiben. Ob das im Interesse der Deutschnationalen Partei liegt, wollen wir der Beurteilung der Deutschnationalen Inhaber überlassen und uns darum nicht weiter mit der angeblichen „Sensation“ der Kreuzzeitung, die gar keine ist, befassen. Doch die Auffassungen über die Zweckmäßigkeit eines Wahltermins auseinanderzusetzen, wenn nur zwei Menschen darüber sprechen, ist so selbstverständlich, daß man deshalb keine Notationsmaschine in Bewegung setzen sollte. Wenn wir nicht falsch berichtet sind, gibt es zwar in Deutschnationalen Wirtschaftsfreien Verhältnisse, die empfohlen haben, den Wahltermin in die Zeit der wirtschaftlichen Konjunktur zu legen. Um so weniger verstehen wir, daß die Kreuzzeitung es fertig bringt, die Diskussion über den Wahltermin zur nationalen Würde der Deutschnationalen in Beziehung zu setzen. Hierfür gibt es nur die eine Erklärung, daß die Kreuzzeitung zu jenen rechtsextremen Blättern gehört, die das Wort von der nationalen Würde so oft, so leicht und auch so leichtsinnig in den Mund nehmen, daß man annehmen muß, es habe nicht viel Gewicht bei ihnen, sonst würde es schwerer über die Zungen oder in die Druckerfahnen hineingehen.“

### Mitteldeutscher Wirrwarr

Drahtische Beispiele für die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform

In der letzten erschienenen Nummer des Landeshaushalts der Provinz Sachsen, Dr. G. B. v. d. „Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit“, finden sich u. a. folgende interessante Tatsachen: Ein indirekter Beweis für die Schwierigkeiten, die durch die Staatsgrenzen in Mitteldeutschland von jeher entstanden sind, liegt in der Anzahl der mitteldeutschen Staatsverträge seit 1918, die bei einem Land sehr große Zeiten der Denkschrift füllten. Allein über 100 Eisenbahnverträge mußten geschlossen werden, um das preussisch-sächsische Eisenbahngesetz über das mitteldeutsche Gebiet hinwegspannen zu können. Ueber 3000 Gesetze und Verordnungen wurden in Mitteldeutschland erlassen, die als überflüssig gelten können, wenn man auf dem Standpunkt steht, daß Rechtseinheit anzustreben ist. Allein Thüringen hat seit 1920 1070 Gesetze usw. erlassen, von denen nur noch 552 gelten. Braunschweig hat über 1400, Kurland über 380 Gesetze erlassen. Die Gesetzesmengen der mitteldeutschen Staaten seit 1900 fassen mit 350 schweren Bänden eine Bibliothek 49 Entlassen liegen in Mitteldeutschland. Ihre Grenzlänge beträgt weit über 1000 Kilometer, die Grenzlänge der Provinz Sachsen be-

trägt 846 Kilometer. Durch Anschließung der Entlassenen wird die Grenzlänge ungefähr um ein Drittel vermindert werden können. Ihre Größe umfaßt 80 000 Hektar, die Fläche etwa 10 Hektar; die Größe hat 70 000, die Fläche keinen Einwohner.

80 Jahre (!) zwischenstaatlicher Verhandlungen waren notwendig, um über die Umstellung von zehn Vorländern aus dem Reichsgebiet zu einem negativen Resultat zu kommen. Es wird heute noch weiter verhandelt. Jeder größere Wasserlauf wechselt in Mitteldeutschland mehrfach die Landesgrenze. Der Sienerbachmann für den Braunschweigbau muß 12 preussische, 22 sächsische, 18 thüringische, 5 sächsische, 6 braunschweigische, zusammen 61 Gesetze und Verordnungen beherrschen, wenn er die Feuerlöcher Belastung der mitteldeutschen Bergwerksindustrie wirklich beurteilen will. Der Verkehrsbeamte, der in ganz Mitteldeutschland das Viehrecht beherrschen will, muß das veränderte Viehrecht der acht früheren thüringischen Provinzen, Sachsen, Hannover, Oelfen-Roslan und dazu die Rechte der Freistaaten Sachsen, Braunschweig und Kurland kennen. Es gibt niemanden, der diese Aufgabe bewältigt.

### Römische Schaupolitik

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L. Rom, 30. Dezember. (Durch United Press)

Der Kommandant des deutschen Kreuzers „Berlin“, Kapitänleutnant Kolbe, der vor einigen Tagen nach Berlin zurückkehrte, war über den Besuch des Prinzen Heinrich auf seinem Schiffe Bericht zu erstatten. In Rom wurde in Anbetracht des Empfangen worden. Die „Berlin“ ankert, wie bekannt, zur Zeit auf der Reede von Genoa.

Der bekanntlich stark vollenfreundlichen „D. N. Z.“ geht ein begeistertes Bericht über den Empfang in Rom und Genoa, der die italienische Marine bereitet worden ist. Die Aufmerksamkeit und Lebenswürdigkeit, mit der die deutsche Besatzung von allen italienischen militärischen und zivilen Dienststellen aufgenommen worden sei, verleihe, heißt es, in Deutschland allgemeine Beachtung. Die woblverdiente Vorbereitung durch die deutschen Postkassen in Rom und Genoa habe gute Früchte gezeitigt. Das ist gewiß alles ganz schön. Auch wir begrüßen den Ausblick freundschaftlicher Beziehungen zu Italien an das wärmste, nur bemerken wir, daß derlei an sich erfreulichen Hoffnungszeichen größere politische Bedeutung beizumessen ist. Man sollte sich hüten, sie zu überschätzen, schon mit Rücksicht auf die Vorgänge, die sich in Südtirol abspielen. Gerade in letzter Zeit häuften sich wieder die Meldungen über eine, wenn möglich noch verschärfte Anwendung des Unterdrückungssystems durch das faschistische Italien. So bemerkt die „Germania“, daß die Deutschnationalen, die sich mit Italien verbinden viele gemeinsame Interessen, und gerade wir Katholiken haben das Entgegenkommen des Faschismus gegenüber dem Heiligen Stuhl und den kirchlichen Interessen mit Genugtuung wahrgenommen. Wir glauben auch nicht, daß die Existenz einer Diktatur ein Hindernis für eine geistige deutsch-italienische Annäherung wäre. Aber so lange der Faschismus mit wertvollem deutschen Volkstum in so brutaler Weise verfährt, so lange er zwischen sich und uns den riesigen Marer-Abgründel in Südtirol als Wegmarke aufstellt, werden wir uns nicht nähern können. Denn so lange können wir nicht glauben, daß es dem Faschismus mit seiner Rückkehr zur katholischen Weltgemeinschaft, mit

keiner Rührung religiöser und nationaler Güter maßgebend ist.

Wir haben bereits gestern darauf hingewiesen, daß Italien und Deutschland weitpolitisch sich in einer ganz ähnlichen Situation befinden: Beide sind stark überbevölkerte Länder, die irgendwelchen Ausweg zu unternehmen und siedlungsfähigen Ländern für ihren Bevölkerungszuwachs finden müssen. Diese Schicksalsgemeinschaft bindet die beiden Länder zusammen. Die römische Diplomatie hat dies zum Teil erkannt, aber noch immer glaubt sie, ihr Ziel dadurch zu erreichen, daß sie abwechselnd Frankreich gegen Deutschland und Deutschland gegen Frankreich ausspielt. Heute läßt sie durch ihre Presse Frankreich ein Bündnis gegen die „deutsche Gefahr“ anbieten und morgen empfangt sie mit ganz besonderen Ehren den Kommandanten eines deutschen Kriegsschiffes. Mit dieser Schaupolitik wird man in Rom niemals zum Ziele kommen. Natürlich wäre darüber hinaus Voraussetzung einer stärkeren deutsch-italienischen Annäherung auch eine grundlegende Veränderung des jetzigen Regimes in Südtirol. Solange das Faschismus in Südtirol so brutal unterdrückt wird wie jetzt, ist eine engere italienisch-deutsche Freundschaft völlig ausgeschlossen.

### Ein tschechischer Abgeordneter ermordet

Telegramm unseres Korrespondenten

J. Prag, 30. Dezember

Wie aus Pilsen gemeldet wird, ist der tschechische Abgeordnete der Abgeordnete J. Salobin in seinem in Kapuzinerkloster gelegenen Heimort ermordet worden. Salobin, der Landwirt war, wurde in der Nähe seines Wohnortes mit durchschossenem Kopf aufgefunden. Die Gerichtskommission stellte fest, daß die Mordtat unbedingt tödlich gewesen war; es ist daher anzunehmen, daß der ermordete Abgeordnete in der letzten Nacht ertränkt ist. Entweder ist Salobin von einem Mörder erschossen worden oder einem politischen Mordopfer gefallen. Für politische Mordopfer ist Salobin, der Salobin viele Freunde besaß. In seiner Partei wird erklärt, daß Salobin vor den Wahlnachrichten geküßelt habe, seine Gegner hätten gedroht, ihn zu erschlagen.

### Frankreichs Bilanz

Von unserem ch. Korrespondenten

Paris, 30. Dezember

„Ein Jahr der Enttäuschung liegt hinter uns“, sagte der Deputierte Rogaro, wohl einer der kenntnisreichsten Volkswirtschaftler des französischen Parlaments. Man könnte hinzufügen, daß 1927 für den finanzpolitischen Umbruch Frankreichs weder Material geliefert, noch klare Entwürfe geschickt hat. Die Enttäuschung resultiert aus übertriebenen Hoffnungen, die in das Kabinett der nationalen Union gesetzt wurden. Sie mocht sich — und das gab Ministerpräsident Poincaré am Schluß der Budgetdebatte in der Deputiertenkammer zu — in einer heftigen Vertikung der Mittelstands- und Arbeiterkassen Luft. Die zeitliche Nähe der Kommunalwahlen verhärtete diese Vertikung und rakt Revolutions in breiten Volkskreisen hervor, die neuerdings durch die kommunistische Propaganda in den Parteien Fabrikschreien ausgedehnt wird und zur Eroberung zahlreicher Gemeinderatsitze geführt hat. Unsicherheit auf der ganzen Linie — das ist das Fazit der französischen Finanzpolitik am Ende des Jahres 1927. Das Budgetgleichgewicht — der Ueberfluß ist gleich Null — hängt von den nächsten Steuereinkünften ab. Bei der allgemein ungünstigen Geschäftslage, den Stundungen, die, trotz allen Wahnungen Poincarés, genährt werden mußten, läßt sich als sicher bezeichnen, daß die im Budget enthaltenen Steuerertragnisse stark zusammenzusinken werden. Die kassenden Risse im französischen Staatshaushalt sind also im Laufe des Jahres, das man als das der großen Zermürung etwas vorzeitig bezeichnete, nicht beiläufig worden, sondern breiter und tiefer geworden. Zwei- und vierhundert Milliarden Einkünfte reichten für den Budgetvoranschlag voraus. Wir werden zur Not drei Hundert herbeiholen“, erklärten übereinstimmend Deputierte und Senatoren verschiedener Parteien.

Welches Heilmittel hat nun Ministerpräsident Poincaré gegen diese Finanzmisere gefunden? Den Bürgerfrieden, die „heilige Allianz“ wie sie in den Anhaltungen des Jahres 1914 von ihm gefordert und erreicht wurde. Poincaré, der in seinem Heiligtum, dem „Matin“, am Jahresanfang verkündet läßt, daß das Budgetgleichgewicht nur durch den innenpolitischen Frieden, durch Vermeidung von Parteihader erreicht werden könne, rief in der Wahlrechtsänderung der Deputiertenkammer aus: „Wie bei Kriegsausbruch, so brauchen wir auch jetzt die heilige Einigkeit!“ Vertreter aller Parteien, von den Sozialisten bis zur Rechten, waren im Kabinett, das am 1. Januar 1914 zustandekam. Dasselbe Zusammenkommen sollte auch heute möglich sein, denn die Stunde ist ernst! Man sieht, daß der arge Politiker die Anwendung katastrophaler Schlußworte noch nicht verlernt hat. In den Kommunalwahlen vom April 1914 ließ er als Präsident der Republik in der Weiße Marne schließen, daß er die öffentliche Meinung Frankreichs über den Inhalt eines „Wechselbogens“ in vollen Kenntnis setzte, aus dem hervorgehen sollte, Deutschland habe den Krieg gegen Frankreich beizutreten und werde ihn Mitte 1914 provozieren. Heute wissen wir, daß dieses „Dokument“, das im April 1914 gegen die Aktion der unter Tauris und Galloux verbündeten Linksparteien gerichtete war, einen Bericht des damaligen Votschalters Cambon in Berlin über ein Gespräch mit König Albert von Belgien enthielt. Offenlich wird uns im April 1928 eine Sensation erspart bleiben, die dem nationalen Willen neuen Auftrieb liefern soll. Das Wahlplakat der durch Louis Marin im Kabinett vertretenen Rechtsparteien sieht wie ein Luftball auf ...

Die Stabilisierung des französischen Geldmittels wurde im Laufe des Jahres 1927 viermal angefangen und ebensooft abgeblasen. Warum? Die Regenten der französischen Staatsbank sind mit den Leitern der Hochfinanz über das Stabilisierungsverfahren ebensowenig einig, wie über das künftige Verhältnis zwischen Franken, Pfund und Dollar. Vorgezogen hielt einer der Regenten der Banque de France, François de Wendel (Vorstandsmitglied im Komitee der französischen Währungsfragen), eine Rede, in der er das Dilemma der Staatsbank in der Stabilisierungsfrage offen ansprach: „Wenn wir eine weitere Aufwertung des Frankens vornehmen, so gefährden wir die Industrie; die Realisierung müßte als Voraussetzung eine Verbilligung der Lebensmittel erster Ordnung,